

**Einführungsvortrag beim Wissenschaftsforum Saar  
am 18. Juli 2002**

**"Werden Studierende und Akademiker Mangelware?"**

Sehr geehrter Herr Minister,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender des Wissenschaftsforums Saarland,  
sehr geehrter Herr Professor Daus,  
lieber Herr Dr. Pernice,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich bei Ihnen für die Einladung zur Podiumsdiskussion und für die Gelegenheit, Ihnen als Einstieg in die Diskussion über die Arbeiten der BLK zu einer langfristigen Betrachtung des Verhältnisses von Bildung und Arbeitsmarkt zu kommen.

Das Thema des heutigen Abends ist in unterschiedlichen Variationen ein Dauerbrenner, seitdem es Universitäten gibt.

Weit überwiegend ist die Thematik unter dem Vorzeichen diskutiert worden, ob unsere hohen Schulen nicht zu viele Akademiker produzierten, die Staat und Wirtschaft gar nicht aufnehmen könnten. Der Kassandrarufer vom akademischen Proletariat findet sich praktisch seit Humboldts Zeiten und – wenn ich es richtig im Gedächtnis habe – auch schon früher. Es war in der Vergangenheit häufig die Wirtschaft, die vor einem Akademikerüberschuss gewarnt hat. Ich war daher 1993 beim Villa Hügel-Gespräch des Stifterverbandes sehr überrascht, dass der damalige Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herr Himmelreich, eingestand, dass die Negativprognosen der Wirtschaft der letzten Jahre durchgängig falsch waren und den Bedarf und die Aufnahmekraft der Wirtschaft für hochqualifizierte Absolventen des Bildungswesens unterschätzt haben.

In Deutschland hat es schon einmal eine Diskussion um die Expansion des Hochschulwesens gegeben: Ich erinnere an Georg Pichts deutsche Bildungskatastrophe von 1964, die eine bislang beispiellose Expansion des deutschen Hochschulwesens mit vorbereitet hat.

Wir stehen heute am Beginn einer ähnlichen Diskussion: Wir sollten das Thema Bil-

dungsexpansion differenziert angehen, uns vor allem vor einfachen Lösungen hüten und nicht glauben, die Probleme schon dadurch lösen zu können, dass wir bei im übrigen gleichen Rahmenbedingungen 40 oder 50 % eines Altersjahrgangs in die Hochschulen schicken.

Meine Damen und Herren,

vor knapp zwei Jahren habe ich ein Statement bei einer Podiumsdiskussion der GEW (Sommerschule August 2000) zum Thema "Haben wir zu viele Akademiker?" abgegeben. Schon damals habe ich mit der These geantwortet, dass wir auf jeden Fall zu wenig Absolventen unserer Hochschulen haben werden. Daran hat sich bisher nichts geändert – im Gegenteil.

Zunächst aber einige Worte zur Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Die BLK ist eine Regierungskommission von Bund und Ländern, die sich in der Regel dreimal im Jahr auf Ministerebene trifft. Sie ist keine gemeinsame Kommission für Bildungspolitik, sondern für Bildungsplanung; d. h., dass nicht alle aktuellen Bund und Länder interessierenden Fragen der Bildungspolitik im Rahmen der BLK erörtert werden; die BLK konzentriert sich auf bildungsplanerische Aufgaben, auf die Weiterentwicklung unseres Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystems; sie unternimmt dabei den Versuch, die Planungen zur Weiterentwicklung des Bildungswesens in Abstimmung mit finanziellen Notwendigkeiten und Möglichkeiten, der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln.

### ***Die themenrelevanten Arbeiten der BLK***

Seit 1985 vergleicht die BLK in einer Projektionsdarstellung die Relation der zukünftigen Absolventen des Bildungswesens mit dem voraussichtlichen Bedarf des Arbeitsmarktes. Die Ergebnisse ermittelten oder ermitteln wir durch Trendextrapolation. Wir beobachten die bisherige Entwicklung des Bildungs- und Beschäftigungssystems und schreiben diese Entwicklung mit hoffentlich zutreffenden Annahmen für die Zukunft fort. Bei allen Ungenauigkeiten und Fehlern, insbesondere bei Grundannahmen, wie Wachstum des Bruttosozialprodukts oder der Produktivität haben die bisherigen Untersuchungen ein ganz wesentliches Ergebnis gezeitigt: Der Arbeitsmarkt nimmt die Absolventen des Bildungssystems auf, wenn sie formale Abschlüsse besitzen. Das gilt für die Absolventen des Bildungssystems mit beruflicher Qualifikation ebenso, wenn nicht noch mehr für die Absolventen des Bildungssystems mit Hochschulabschluss.

In Erfüllung dieser Aufgaben hat die BLK im letzten Oktober den Bericht "Zukunft von

Bildung und Arbeit" den Regierungschefs des Bundes und der Länder zur Entscheidung zugeleitet. Er ist jetzt nach außerordentlich heftigen und auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroversen zwischen BLK und Finanzministerkonferenz der Länder zur Kenntnis genommen worden. Angesichts dieser Auseinandersetzung mit der Finanzseite, die ganz eindeutig aus der demographischen Entwicklung auch eine Verringerung von Bildungsausgaben schloss, ist für mich von großer Bedeutung, dass die Regierungschefs des Bundes und der Länder den BLK-Bericht mit dem Zusatz zur Kenntnis genommen haben, „Sie unterstreichen hierbei die besondere Priorität von Bildung und Forschung“. Ebendies war Ziel des BLK-Berichts deutlich zu machen. Dieser Bericht verdeutlicht die tiefgreifenden Veränderungen, die auf unsere Gesellschaft in den nächsten 15 Jahren zukommen:

### **Die Projektion**

Auch wenn man es bei derzeit knapp vier Millionen Arbeitslosen nicht glauben will: Der Bedarf an Arbeitskräften wird zunehmen und die schon jetzt in bestimmten Bereichen erkennbare Arbeitskräfteknappheit wird sich ausweiten.

Der sich abzeichnende Rückgang der Bevölkerung wird trotz weiter steigender Frauenerwerbsquote zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung führen. Die aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden können dann nicht mehr in ausreichendem Maße durch die ins Erwerbsleben eintretenden jungen Menschen ersetzt werden. Das **Arbeitskräfteangebot wird** aufgrund der demographischen Entwicklung bis 2015 um insgesamt 1,8 Mio. Erwerbspersonen auf knapp 37 Mio. **sinken**. Davon entfallen gut 1 Mio. auf die alten und knapp 0,8 Mio. auf die neuen Länder.

Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie Zuwanderungen können zu einer Minderung oder zum Ausgleich des Rückgangs beim Arbeitskräfteangebot führen. Eine höhere Zuwanderung,<sup>1</sup> wie in der jüngsten Bevölkerungsprognose enthalten, würde dazu führen, dass die Zahl lediglich auf gut 38 Mio. Erwerbspersonen sinkt, wobei die Struktur der Qualifikationen von Zuwanderern jedoch von der am Arbeitsmarkt nachgefragten abweichen dürfte. Nicht nur das Arbeitskräfteangebot wird sich verringern, auch die Erwerbsbevölkerung insgesamt wird durchschnittlich älter.

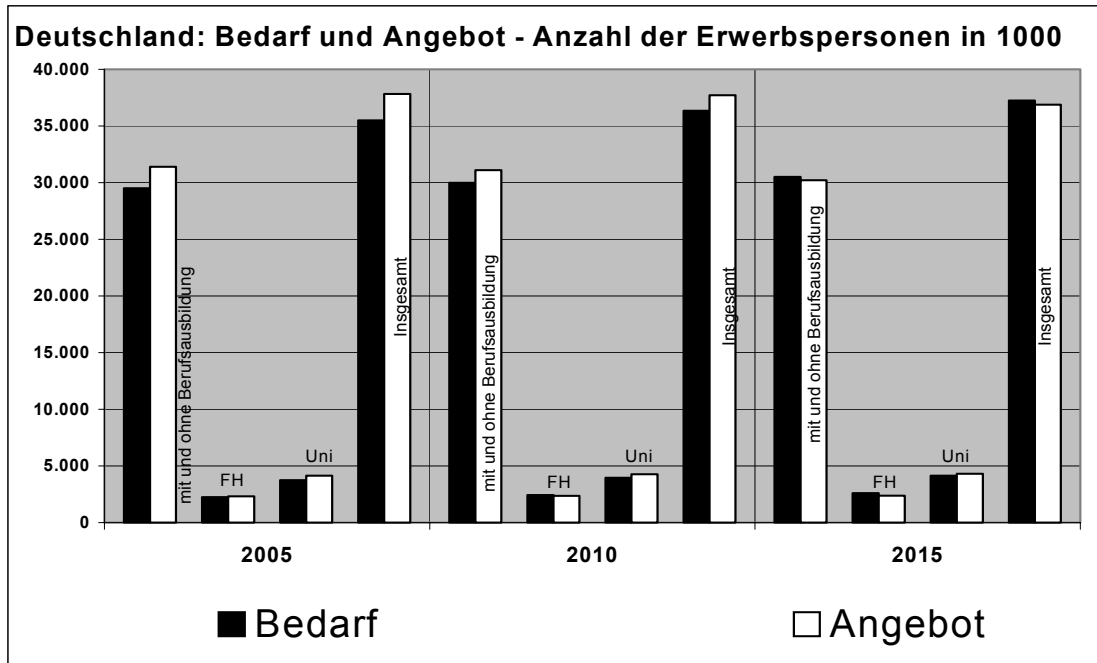
Dies führt zu einem erhöhten Ersatzbedarf durch altersbedingt freiwerdende Arbeitsplätze. Dieser Ersatzbedarf wird außerordentlich hoch sein, weil jetzt die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge aus dem Berufsleben ausscheiden.

---

<sup>1</sup> Entsprechend Variante 2 der 9. Koordinierten Bevölkerungsprognose zwischen 200 und 240 Tsd. Personen pro Jahr.

Zusätzlich wird sich ein **Bedarf** durch neu geschaffene Arbeitsplätze **von 2,6 Mio. Personen** bis 2015 einstellen.

Dies gilt natürlich nur, wenn die Annahmen eines Wirtschaftswachstums von etwa 2 % und einer Arbeitsproduktivitätssteigerung von etwa 4 % eintreffen.



BLK: eigene Berechnung, Datentabelle s. Anhang

Wenn Politik und Gesellschaft nicht reagieren, können die prognostizierten neuen Arbeitsplätze mit Absolventen des Bildungswesens gar nicht mehr besetzt werden.

Nach einem rechnerischen Vergleich des Arbeitskräftebedarfs von Staat und Wirtschaft mit dem Arbeitskräfteangebot müsste sich in den nächsten Jahren der Sockel an Arbeitslosen verringern und ab 2015 auflösen.

Tatsächlich wird dieses Ergebnis so nicht eintreten, weil eine vollständige Übereinstimmung der angebotenen und der nachgefragten Qualifikationen kaum jemals zu erreichen ist. So muss faktisch bereits **vor 2015** mit einem **Mangel an Arbeitskräften für bestimmte Qualifikationen und Branchen** gerechnet werden. Gleichzeitig wird es weiterhin Arbeitslosigkeit geben. Der Grund hierfür liegt darin, dass selbst bei globaler Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage das spezifische Angebot und der konkrete Bedarf im Hinblick auf Fachrichtungen, Zusatzkenntnisse, Alter u.a. nicht vollständig deckungsgleich sind. Es ist also damit zu rechnen, dass durch die demographische Entwicklung zunehmend ein Mangel an nachgefragten Qualifikationen eintreten wird, wenn das Arbeitskräfteangebot nicht erhöht wird. Nach 2015 wird sich dieser Mangel dramatisch verschärfen. Er wird insbesondere durch eine Verringerung des Neuangebotens aus dem Bildungswesen, aber auch durch einen steigenden Anteil der aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden bestimmt. Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen, oder eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit könnten zu einer Verbesserung des Erwerbspersonenangebots führen, dürften jedoch kaum ausreichen, das notwendige Erwerbspersonenpotential zu erreichen. Damit wird die Zuwanderung zu einem zentralen arbeitsmarktpolitischen Instrument.

Neue Arbeitsplätze entstehen ganz überwiegend im Dienstleistungsbereich, während die Nachfrage nach Arbeitskräften im verarbeitenden Gewerbe weiter zurückgeht. Es ist ein deutlicher **Trend zur Höherqualifizierung** festzustellen. Dabei wird der Trend zur Höherqualifikation in den Dienstleistungsberufen deutlich. Von den rd. 4 Mio. vorausgeschätzten Dienstleistungsarbeitsplätzen in den alten Ländern entfallen rd. 1,2 Mio. auf Hochschulabsolventen (Universitäts- und Fachhochschulabschluss), 2,6 Mio. auf Erwerbstätige mit abgeschlossener Berufsausbildung und lediglich 0,2 Mio. auf Erwerbstätige ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Das heißt, dass bei den neu entstehenden Arbeitsplätzen doppelt so viele Arbeitsplätze geschaffen werden, die für Hochschulabsolventen geeignet sind, wie der Anteil der "Hochschularbeitsplätze" am Bestand ist. Gleichzeitig wird der Bedarf an Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung in den alten Ländern von 15,1 % für 1997 auf 12,5 % für 2015 zurückgehen.

Die Hochschule ist es, die wesentlich an Bedeutung gewinnt. In vielen Bereichen, insbesondere bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen ist der Anteil formal nicht qualifizierter Personen relativ konstant. Gleichzeitig geht der Anteil Beschäftigter mit Berufsausbildung teilweise zurück. Das zeigt sich empirisch vor allem bei einer Analyse für Großstädte in der Dienstleistungsökonomie (Gornig, DIW). Der Trend zur Höherqualifizierung wird sich jedoch auf Grund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den alten und neuen Ländern abweichend voneinander entwickeln. Während die Nachfrage in den alten Ländern nach Hochschulabsolventen und Arbeitnehmern mit abgeschlossener Berufsausbildung deutlich steigen wird und die Projektion nur bei den Arbeitnehmern ohne abgeschlossene Berufsausbildung einen Rückgang um etwa 300.000 Erwerbstätige ergibt, zeigt sich in den neuen Ländern lediglich bei den Hochschulabsolventen eine leichte Nachfragesteigerung. Bei Erwerbstätigen mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung ergibt sich ein Rückgang.

Und wie wird sich die Zahl der Hochschulabsolventen entwickeln: Die KMK hat in ihrer letzten Prognose bis 2015 steigende Absolventenzahlen vorhergesagt. Dabei beruht aber der Absolventenjahrgang 2015 auf der Alterskohorte der 1995-Geborenen.

Und betrachtet man die aktuelle Entwicklung der Studienanfängerzahlen, so bestätigt sich diese Prognose – auch wenn der Verlauf sich nicht so zeigt, wie dies die KMK angenommen hat. Diese hat nämlich zunächst einen Rückgang der Studierendenzahlen für die Jahre 2000 bis 2002 angenommen. Tatsächlich haben im Studienjahr 2001/2002 aber 8,6 % mehr ein Studium aufgenommen als im Studienjahr 2000/2001. Der Anstieg der Studienanfängerzahlen gilt zwar für alle Länder, er ist aber ungleich verteilt: überdurchschnittliche Zuwächse weisen Bremen mit 16,5 % und Hessen mit 15,3 % auf, eher

unterdurchschnittlich sind das Saarland mit 3,9 %, Thüringen mit 3,8 %, Sachsen mit 2,8 % und Sachsen-Anhalt mit 0,5 %.

Der demographische Knick wird sich hier zeitversetzt einstellen. Ab 2015 werden sich die niedrigen Geburtenraten der 90er Jahre in den Studierendenzahlen auswirken. Ab 2020 könnten an vielen Orten leere Hochschulen drohen, so die KMK.

Dieses für die nachwachsende Generation ausgesprochen attraktive Bild eines Marktes, bei dem die Marktmacht bei den Anbietern von Arbeitskraft liegt, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es natürlich auch in Zukunft sektorale Probleme geben wird, sollte nicht den Anschein erwecken, als ob es bis 2015 keine Arbeitslosigkeit mehr gäbe. Die neuen Arbeitsplätze insbesondere im Dienstleistungsbereich haben einen höheren Qualifikationsanspruch. Sie werden zunehmend durch Hochqualifizierte besetzt. Auch der Ersatzbedarf wird nicht zwangsläufig mit den bisherigen Qualifikationen befriedigt, vielmehr wird der Trend zur Höherqualifizierung auch hier zunehmen. Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe werden ins Ausland verlagert, im Inland werden diese mit wiederum zunehmender Qualifikationsanforderung gesteuert und verwaltet.

Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Studierende jedenfalls in den Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften relativ sensibel auf Signale des Arbeitsmarktes reagieren und in attraktive Fächer wechseln. Entsprechend werden an den Hochschulen die vorhandenen Kapazitäten sehr unterschiedlich ausgelastet sein. Erste Zeichen deuten darauf hin, dass es nach Jahren der Unterauslastung im Ingenieur- und insbesondere Informatikbereich in Zukunft wieder Überlasten geben wird. Die Naturwissenschaften hingegen wiesen keinen erhöhten Zulauf auf. Es wird Aufgabe der Hochschulen und der Bildungspolitik sein, darauf zu achten, dass sich die Erfolgsquoten an den Hochschulen verbessern und stabilisieren.

Erwerbstätige mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung werden im Dienstleistungssektor gute Beschäftigungsaussichten vorfinden, jedoch im produzierenden Bereich mit Beschäftigungsrückgängen konfrontiert sein.

Ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot führt zu einer zunehmenden Alterung der Erwerbstätigen. Die Alterszusammensetzung der im Erwerbsleben Stehenden wird sich in den nächsten 15 Jahren massiv verändern. Bis 2015 wird mehr als die Hälfte aller im Beruf stehenden Akademiker 45 Jahre und älter sein.

### ***Folgerungen für den Hochschulbereich***

Aus dem Vorgetragenen will ich zusammengefasst die folgenden Thesen für den Hochschulbereich entwickeln:

- Global nehmen die Arbeitsmarktprobleme für Hochschulabsolventen bis zum Jahr 2015 ab.
- Fachbezogen können massive Unterschiede auftreten, so wie dies auch in der Vergangenheit der Fall war. Der sich abzeichnende Mangel an Hochschulabsolventen kann am schnellsten durch Qualitätsverbesserung im Hochschulstudium beseitigt werden: Der Anteil der nicht erfolgreichen Studierenden, der Anteil derer, die eine Abschlussprüfung immer weiter hinauszögern, muss drastisch gesenkt werden. Fachspezifische Erfolgsquoten von 50 % und weniger sind ein Skandal und dürfen nicht hingenommen werden. Ich halte sie nicht für Ausweis mangelnder Begabung der Studierenden, sondern – trotz aller anderslautender öffentlicher Bekundungen – für einen Ausweis mangelnden Interesses an und mangelnder Zuwendung zu den Studierenden. Das bedeutet auch, dass sich die Hochschulen und die in den Hochschulen für die Lehre Verantwortlichen viel stärker als bislang um die prospektiven Arbeitsmärkte ihrer Absolventen kümmern müssen, dass sie sich dafür zu interessieren haben, wo ihre Absolventen auf dem Arbeitsmarkt verbleiben. Wenn Hochschulen regionale Verbleibstudien unternähmen, könnten die Ergebnisse aus meiner Sicht ganz wesentliche Kriterien für eine erfolgs- und leistungsbezogene Mittelzuweisung sein.  
Die Probleme der deutschen Hochschulen sind nicht gleich: Während die Hochschulen in den alten Ländern vor allem mit überlangen Studienzeiten und niedrigen Erfolgsquoten zu kämpfen haben werden, ist das gravierendste Problem der Hochschulen in den neuen Ländern der dramatische Geburtenrückgang seit 1990: Der Rückgang der Geburten um etwa 50 %, der sich bei den Schulabsolventen entsprechend fortsetzen wird, ist existenzbedrohend für jede Hochschule, die glaubt, sich bei der Studenteneinwerbung auf das regionale oder Landesumfeld beschränken zu können. Die Hochschulen in den neuen Ländern müssen sich schon aus Überlebensgründen eine neue Klientel erschließen und die Landesregierungen müssen dies bei ihren Bewertungen der Hochschulleistungen auch anerkennen.
- Herr Professor Daus u.a. verweisen zu Recht darauf, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine Sonderstellung einnimmt, wenn man die Bildungsbeteiligung im tertiären Sektor ansieht. In der Tat ist der Anteil der deutschen Jugendlichen, die in den tertiären Bereich wechseln, deutlich unterhalb des OECD-Durchschnitts. Betrachten wir die Absolventen des tertiären Bereichs, so zeigt sich, dass Deutschland im OECD-Vergleich überdurchschnittlich viele Abschlüsse im Bereich der langen und sehr langen Studiengänge (also der universitären Studiengänge) mit Studiendauern von 5 und mehr Jahren aufweist als der

OECD-Durchschnitt. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 6,5 %, Deutschland etwa bei 10 – 12 %. Ein großer Teil OECD-Staaten bietet Studiengänge von einer Dauer unterhalb von 3 Jahren an. Diese Ausbildungen sind bei uns in Deutschland gar nicht im tertiären Bereich, sondern sind die beruflichen Ausbildungen. Wenn unsere Hochschulen mehr Studierende aufnehmen sollen, dann darf dies nicht im bisherigen Verhältnis langer und sehr langer Studiengänge zu mittellangen Studiengängen geschehen, wie bislang in Deutschland. Verordnen wir die mittellangen Studiengänge bei den Fachhochschulen, so studieren immer noch trotz aller Bemühungen um Ausbau der Fachhochschulen unter 30 % in diesem Bereich. Bei den kurzen und mittellangen Studiengängen liegt aber die Expansionsmöglichkeit unseres Hochschulsystems. Das heißt, wir müssen differenzieren in Richtung auf kürzere Abschlüsse und so ist geradezu kontraproduktiv, wenn die Bachelor- und Masterdiskussion gerade von den Fachhochschulen im Wesentlichen unter dem Aspekt geführt wird, nunmehr auch verstärkt Masterabschlüsse anzubieten, während die Universitäten den Bachelorabschluss in der Regel nur geringere Bedeutung beimessen.

Der internationale Vergleich zeigt auch, dass die gestuften Studiengänge offenbar bessere Erfolgsquoten mit sich bringen als einheitliche lange und sehr lange Studiengänge. Auch darauf müssen Studienreform und Hochschulreform viel stärker achten als bislang.

Ein Drittes zum internationalen Vergleich. Deutschland hat gemeinsam mit Österreich das am besten ausgebaute System beruflicher Bildung. Dieses System funktioniert und ist auch für Absolventen des Sekundarbereichs II der allgemeinbildenden Schulen von hoher Attraktivität. Wir haben hoch anspruchsvolle Berufsausbildungsgänge, die andernorts Hochschulcharakter haben. Es ist weder fiskalisch für den Staat sinnvoll noch ökonomisch anstrebenswert, eine Hochschulöffnungspolitik zu betreiben, die die berufliche Ausbildung in Deutschland im Kern trifft. Es macht keinen Sinn, berufliche Ausbildung mit hohen Erfolgsquoten zu Gunsten einer Hochschulausbildung mit derzeit sehr niedrigen Erfolgsquoten zu reduzieren. Ich hoffe – und die BLK hat hierzu seit vielen Jahren Empfehlungen verabschiedet -, dass hybride Studiengänge, die berufliche Ausbildung und Studium miteinander verbinden und in denen Hochschulen und Wirtschaft gleichberechtigt Verantwortung tragen, ein weit größeres Gewicht in unserem System beruflicher Bildung und Hochschulbildung in Zukunft haben werden.

- Unsere Gesellschaft wird älter; das bedeutet nicht nur, dass die aus dem Arbeitsprozess ausscheidenden Personen nur noch mit größter Mühe, teilweise gar

nicht mehr qualifiziert durch junge Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger ersetzt werden können; das bedeutet auch, dass der Anteil der Älteren, die im Erwerbsleben stehen, immer größer wird.

Wirtschaft und Gesellschaft werden nicht mehr darauf vertrauen können, dass Innovation, neues Denken, vor allem von den Jüngeren im Arbeitsprozess und von den Berufseinsteigern in den Wertschöpfungsprozess eingebracht werden können. Wir werden darauf angewiesen sein, dass auch die Älteren im Arbeitsprozess innovationsfähig und innovationswillig bleiben.

- Die Alterung der Beschäftigten in den nächsten 15 Jahren zeigt auf, wo die zukünftigen neuen Tätigkeitsfelder der Hochschulen liegen: Die Hochschulen müssen sich systematisch die Fort- und Weiterbildung erschließen. Sie müssen attraktive und leistungsfähige Partner der Wirtschaft für die betriebliche Fort- und Weiterbildung werden. Der Bedarf an Weiterbildung wird dramatisch steigen: Die Wirtschaft wird erkennen, dass sie Innovationspotential nicht mehr im Wesentlichen durch Neueinstellungen junger Menschen in die Betriebe holen kann. Sie wird erkennen, dass sie auch die älteren Beschäftigten innovationsfähig halten muss – und dies geht nur durch systematische Fort- und Weiterbildung, die selbstverständlicher Teil des Arbeitslebens werden muss und wird. Dies ist ein boomender Markt und außerhochschulische Anbieter sind bereit, ihn zu besetzen. Wenn die Hochschulen jetzt zögern, werden sie hier nicht mehr Fuß fassen können.

Wer in der Fort- und Weiterbildung erfolgreich am Markt bestehen will, kann nicht mit Erfolgsquoten von 60 % und weniger auftreten. Er muss den Nachweis erbringen, dass er effizient ausbilden kann.

- Wir brauchen neben langfristigen Bedarfsprojektionen ein kurz- und mittelfristig angelegtes Frühwarnsystem, das uns auf Veränderungen in den Qualifikationsanforderungen und den quantitativen Größenordnungen der kurz- und mittelfristigen Einstellungsbedarfe der Wirtschaft hinweist. Im Bündnis für Arbeit sind für den Bereich der beruflichen Bildung wichtige Beschlüsse für die Entwicklung eines Systems der Früherkennung von Qualifikationsveränderungen in der beruflichen Bildung gefasst worden. Wir müssen dies auf den Hochschulbereich ausweiten; die BLK hat ein solches Konzept für ein Arbeitsmarktfrühwarnsystem entwickelt, mit dem Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften auf der Basis solider Analysen zu verständigen und akzeptanzfindenden Abschätzungen der kurz- und mittelfristig zu erwartenden Qualifikationsbedarfe kommen sollen. Es befindet sich z.Zt. in der politischen Abstimmung.
- Einen großen Einfluss auf die Bildungspolitik der nächsten 15 Jahre wird die

Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland haben:

- Wie viele Menschen werden kommen?
- In welchem Alter werden sie kommen?
- Welche Qualifikationen werden sie mitbringen?

Die Politik verspielt große Chancen, wenn sie sich weiterhin nur auf eine ungeordnete Zuwanderung beschränkt. Die demographische Entwicklung macht deutlich, dass wir Zuwanderung brauchen, aber Zuwanderung, die sich in die demographische Entwicklung und die Entwicklung unserer Qualifikationen sinnvoll einpasst, also Fehlentwicklungen auszugleichen im Stande ist. Wir sind zunehmend ein Einwanderungsland, und die Politik muss dies endlich auch umsetzen.

Lassen Sie mich schließen mit meinem *ceterum censeo*, das ich immer anbringe, wenn ich über unsere Bedarfsprognosen spreche: Die bildungspolitischen Herausforderungen sind nicht die Hochschulabsolventen, sind nicht die Absolventen der beruflichen Bildung, es ist das eine Drittel der Absolventen des Bildungswesens ohne formalen Bildungsabschluss. Aber auch in dieser Gruppe sind Differenzierungen zu beachten: So ist nur ein Drittel dieser Personen tatsächlich ohne eine nennenswerte Ausbildung; viele von denen, die die Statistik als Personen ohne formale Berufsausbildung zählt, haben ein Studium oder eine Berufsausbildung abgebrochen, die ihnen Fähigkeiten vermittelt haben, die sie für eine Erwerbstätigkeit nutzen können. Schwieriger ist die Situation vor allem bei denjenigen, die keine verwertbaren beruflichen Ausbildungsqualifikationen mitbringen. Wir sollten nicht verkennen, dass der Anteil junger Ausländer bei diesem Personenkreis überproportional hoch ist. Wie fördern wir sie in der Erstausbildung? Welche Möglichkeiten eröffnen wir ihnen, erneut in Ausbildung einzusteigen? Welche Strukturen bieten wir an, damit sie in der Ausbildung die nötigen Erfolgserlebnisse haben? Wie schaffen wir also sinnvolle Alternierungen zwischen Ausbildung und Anwendung, vor allem aber, wie führen wir diesen Personenkreis an Weiterbildung heran? Wie schaffen wir es, Menschen, die in der Ausbildung im wesentlichen Misserfolgserlebnisse hatten, dafür zu gewinnen, auch im späteren Leben Bereitschaft zu entwickeln, sich erneut in Ausbildung zu begeben und sich weiter zu qualifizieren? Dieser Personenkreis hat keine Lobby, die sich lautstark zu seinen Gunsten äußert. Die Lern- und Leistungsschwächeren sind auf uns angewiesen, wir müssen ihre Interessen vertreten, wir müssen kreativ sein bei der Schaffung von Angeboten, die auch dieser Personenkreis wahrnimmt.

Für mich ergeben sich aus unseren Projektionen für die Zukunft der Arbeit zwei dominante Aufgabenfelder für Politik und Wissenschaft:

- Die Formung eines neuen Sektors von Fort- und Weiterbildung als integraler

Bestandteil von Erwerbstätigkeit und

- die Sorge um die Lern- und Leistungsschwächeren in unserer Gesellschaft.

Wenn wir für diese beiden Problemfelder Lösungen finden, die auch für die Zukunft haltbar sind, haben wir viel erreicht für ein zukunftsfähiges und leistungsfähiges Bildungs- und Erwerbssystem.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Tabellenanhang

Projektion der Qualifikationsanteile der Erwerbstätigen – Bedarf- (ohne Auszubildende) – Alte Länder, in %

	<b>Ist 1997</b>	<b>2005</b>	<b>Projektion 2010</b>	<b>2015</b>
Hochschulen insgesamt	15,9	16,8	17,5	18,1
davon				
Universitätsabschluss	9,7	10,3	10,7	11,0
Fachhochschulabschluss	6,2	6,5	6,8	7,1
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	69,0	69,8	69,7	69,5
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	15,1	13,4	12,8	12,5
Insgesamt	100	100	100	100

Projektion der Qualifikationsanteile der Erwerbstätigen – Bedarf- (ohne Auszubildende) – Neue Länder, in %

	<b>Ist 1997</b>	<b>2005</b>	<b>Projektion 2010</b>	<b>2015</b>
Hochschulen insgesamt	16,7	17,1	17,6	18,0
Davon				
Universitätsabschluss	11,7	11,7	11,7	11,7
Fachhochschulabschluss	5,0	5,4	5,9	6,3
Mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung	83,3	82,9	82,4	82,0
Insgesamt	100	100	100	100

<b>Tabelle</b>	<b>Bilanzierungstabelle der Grundvariante und der Alternativen</b>				
zur Grafik	Lesehilfe: "-" = Bedarf > Angebot (Angebotsüberschuss) "+" = Bedarf < Angebot (Angebotsdefizit)				
<b>alte Länder</b>					
	ohne abgeschl. Berufsausbildung	mit abgeschl. Berufsausbildung	mit Fachhochschulabschluss	mit Universitätsabschluss	insgesamt
2005	-631	-49	-12	-313	-1.274
2010	-509	555	99	-234	-89
2015	-245	1.348	229	-107	1.224
<b>neue Länder Variante A</b>					
	ohne und mit abgeschl. Berufsausbildung		mit Fachhochschulabschluss	mit Universitätsabschluss	insgesamt
2005	-1.203		-54	-82	-1.340
2010	-1.170		-31	-71	-1.272
2015	-804		-6	-53	-863
<b>neue Länder Variante B</b>					
	ohne und mit abgeschl. Berufsausbildung		mit Fachhochschulabschluss	mit Universitätsabschluss	insgesamt
2005	-1.065		-45	-62	-1.173
2010	-933		-14	-37	-985
2015	-468		20	-5	-453
<b>Deutschland insgesamt- Grundvariante</b>					
	ohne und mit abgeschl. Berufsausbildung		mit Fachhochschulabschluss	mit Universitätsabschluss	insgesamt
2005	-1.884		-67	-396	-2.345
2010	-1.124		68	-305	-1.361
2015	298		222	-160	361
<b>Deutschland insgesamt - erhöhter Wanderungssaldo</b>					
	ohne und mit abgeschl. Berufsausbildung		mit Fachhochschulabschluss	mit Universitätsabschluss	insgesamt
2005	-2116		-67	-442	-2623
2010	-1762		68	-430	-2124
2015	-764		222	-360	-901
<b>Deutschland insgesamt - Verlängerung Lebensarbeitszeit</b>					
	ohne und mit abgeschl. Berufsausbildung		mit Fachhochschulabschluss	mit Universitätsabschluss	insgesamt
2005	-2224		-83	-418	-2723
2010	-1699		35	-351	-2015
2015	-715		157	-257	-814
<b>Deutschland insgesamt - Angleichung d. Erwerbsquoten neue Länder</b>					
	ohne und mit abgeschl. Berufsausbildung		mit Fachhochschulabschluss	mit Universitätsabschluss	insgesamt
2005	-1789		-60	-394	-2262
2010	-981		80	-305	-1176
2015	521		236	-164	600